

B

Ausgabe Oktober 2015

BERICHT AUS DEM LANDTAG

ROT-GRÜN SCHEITERT AN FLÜCHTLINGS- KRISE.

Thema des Monats
**ROT-GRÜN SCHEITERT AN
FLÜCHTLINGSKRISE**

Aus dem Parlament
**EINE REGIERUNG IM
DAUER-REPARATURMODUS**

Klartext
WENN VOLKSWAGEN GRIPPE HAT

Aktuell
ROT-GRÜN MACHT SPRACHLOS

Aus dem Parlament
**FLÜCHTLINGE UND GERINGVERDIENER:
WOHNRAUM DRINGEND GESUCHT**

Aktuell
WOHIN MIT DEM MÜLL?

EDITORIAL

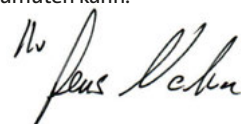


Sehr geehrte Damen
und Herren,

die Bewältigung des Flüchtlingszustroms ist die wichtigste politische Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Es ist Aufgabe des Landes, die Flüchtlinge, die nach Niedersachsen kommen, zu registrieren, unterzubringen und medizinisch zu versorgen. Rot-Grün ist an dieser Aufgabe gescheitert. Am 15. Oktober teilte der Innenminister mit, dass er 20 Städte und Landkreise verpflichtet habe, die Aufgaben des Landes für 4000 Flüchtlinge zu übernehmen. Den betroffenen Kommunen blieben nur wenige Tage, um sich vorzubereiten. Die Personalkosten müssen sie selbst tragen. Das kommt einer Bankrotterklärung des Landes gleich.

Nur zwei Tage später verweigerte Niedersachsen im Bundesrat der umfangreichen Asylrechtsreform des Bundes seine Zustimmung – zuvor hatte der Ministerpräsident einem entsprechenden Kompromiss mit der Bundeskanzlerin noch zugestimmt. Das Maßnahmenpaket enthält auch eine erhebliche finanzielle Entlastung der Kommunen.

Es waren vor allem die Grünen, die Ministerpräsident und Innenminister ausgebremst haben. Die Landesregierung hat damit ihre Handlungsunfähigkeit bewiesen. Wenn Rot-Grün so weiter macht, wird Niedersachsen Schaden nehmen. Der Ministerpräsident sollte sich ernsthaft Gedanken darüber machen, wie lange er dem Land diese Belastung noch zumuten kann.



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

ROT-GRÜN SCHEITERT AN FLÜCHTLINGSKRISE

Enthaltung Niedersachsens bei Abstimmung über Asylpaket im Bundesrat offenbart tiefe Risse in rot-grüner Regierungskoalition

Die Niedersächsische Landesregierung wird sich (...) bei der Abstimmung über das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz im Deutschen Bundesrat enthalten. Nach intensiven Gesprächen zwischen den Koalitionspartnern konnte ein Einvernehmen nicht erzielt werden. Für diesen Fall sieht der Koalitionsvertrag eine Enthaltung Niedersachsens vor. Dementsprechend wird die Niedersächsische Landesregierung verfahren.“ Mit diesen knappen Worten hat die Staatskanzlei kurz vor der Abstimmung über die Asylrechtsreform im Bundesrat das Scheitern ihrer rot-grünen Koalition in der Flüchtlingsfrage eingestanden.

Mit der von den Grünen erzwungenen Enthaltung gehört Niedersachsen neben Bremen, Thüringen und Brandenburg zu den wenigen Bundesländern, die dem Kompromiss nicht zugestimmt haben. Eine Blamage für Ministerpräsident Weil, der an der Erarbeitung des Gesetzes unmittelbar beteiligt war. Die Enthaltung in dieser so wichtigen Frage schwäche die Position Niedersachsens im Bund, heißt es entsprechend selbst aus Kreisen der Landesregierung.

Rot-Grün in Niedersachsen gespalten

„Niedersachsen isoliert sich im Konzert der Bundesländer und degradiert sich selbst zum politischen Leichtgewicht“, kritisiert CDU-Fraktionschef Björn Thümler. „Durch die rot-grüne Koalition in Niedersachsen geht ein tiefer Riss.“ Der Ministerpräsident selbst ließ verlauten, er bedaure die Haltung seines Koalitionspartners und kündigte Gesprächsbedarf an.

Wie tief die Flüchtlingskrise Rot-Grün in Niedersachsen tatsächlich spaltet, zeigt indes die Reaktion der SPD-Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder: „Für uns Sozialdemokraten ist der Asylkompromiss im Bundesrat in einer Gesamtbetrachtung zustimmungsfähig. (...) Ich kann die ablehnende Haltung der Grünen in dieser Frage deshalb nicht nachvollziehen.“



Für CDU-Fraktionschef Björn Thümler steht nach der Enthaltung Niedersachsens im Bundesrat fest: „Der Ministerpräsident hat keinen ausreichenden Rückhalt in den eigenen Reihen.“
Foto: dpa

Doch auch innerhalb der SPD rumpelt es gewaltig – SPD-Abgeordnete stellten sich ebenfalls gegen die notwendige Verschärfung des Asylrechts. „Der nach der Regierungsübernahme gebetsmühlenartig angeführte ‚Paradigmenwechsel‘ in der Asylpolitik stellt sich in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise als wirksames Druckmittel von Grünen und SPD-Linken heraus, mit dem sie den Ministerpräsidenten nach Belieben vorführen können“, sagt Thümler. „Verantwortliches staatliches Handeln ist für diese Landesregierung in der Flüchtlingsfrage nicht möglich.“



Zwanzig niedersächsische Kommunen müssen per Amtshilfeersuchen binnen kürzester Zeit rund 4000 Flüchtlinge unterbringen – zahlreiche Turnhallen und Gemeindegemeinschaftshäuser werden dafür jetzt umfunktioniert.
Foto: dpa

„Weil hat keine Mehrheit in den eigenen Reihen“

Zahlreiche andere Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung, zum Beispiel Schleswig-Holstein, Hessen oder Baden-Württemberg, stimmten hingegen für das neue Asylgesetz, das neben schnelleren Asylverfahren und der Verschärfung bestehender Gesetze auch verbesserte Integrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive vorsieht. Den Grünen in Niedersachsen stößt vor allem die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten sauer auf.

„Das Signal, das von der Enthaltung Niedersachsens im Bundesrat ausgeht, ist eindeutig: Wenn es darauf ankommt, hat Ministerpräsident Weil keinen ausreichenden Rückhalt in den eigenen Reihen“, so Thümler. „Wenn er es mit seiner Verantwortung für Niedersachsen ernst nähme, müsste er bei nächster Gelegenheit die Vertrauensfrage stellen.“

20 Kommunen zur Aufnahme von Flüchtlingen verpflichtet

Ebenso wie die Enthaltung im Bundesrat ist auch das kurz zuvor bekanntgegebene Amtshilfeersuchen an 20 niedersächsische Kommunen laut Einschätzung des CDU-Fraktionschefs das Resultat monatelanger falscher Rücksichtnahme auf den grünen Koalitionspartner. Im Rahmen des Oktober-Plenums hatte Innenminister Pistorius erklärt, dass es in den zentralen Erstaufnahmestellen des Landes keinen Platz mehr für Flüchtlinge gebe, und die Kommunen zur Bereitstellung von zunächst 4.000 weiteren Plätzen verpflichtet. Andernfalls drohe den Flüchtlingen die Obdachlosigkeit.

Angeblieh, so der Minister, habe es nicht genügend freiwillige Angebote für die Unterbringung von Asylsuchenden seitens der Städte und Gemeinden gegeben. Betroffen sind zunächst diejenigen Kommunen, in denen es bislang keine Notunterkünfte oder Erstaufnahmeeinrichtungen gibt – ihnen werden pro Tag 100 bis 200 Menschen zugewiesen.

Gerade einmal zwei Tage hatten die betroffenen Kreise und kreisfreien Städten Zeit, um sich auf die Ankunft der Flüchtlinge vorzubereiten. Auf den anfallenden Kosten für zusätzlich benötigtes Personal bleiben die Kommunen nach jetzigem Stand sitzen.

Amtshilfeersuchen ist politische Bankrotterklärung von Rot-Grün

„Das Amtshilfeersuchen ist eine politische Bankrotterklärung von Rot-Grün in der Flüchtlingsfrage. Niedersachsens Kommunen müssen jetzt in noch größerem Maße die Untätigkeit der Regierung Weil ausbaden, die es versäumt hat, rechtzeitig ausreichend Notunterkünfte und Erstaufnahmeeinrichtungen bereitzustellen“, kritisiert Thümler. Rot-Grün sei schlichtweg zu spät in die Gänge gekommen.

Die CDU fordert bereits seit Mitte vergangenen Jahres größere Anstrengungen der Landesregierung in der Flüchtlingsfrage. Dazu zählen unter anderem die konsequentere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, der Ausbau der Sprachlernklassen sowie die Einrichtung weiterer Aufnahmestellen. Thümler: „Die Landesregierung ist dazu entweder nicht gewillt oder nicht in der Lage. Beides ist schlimm.“

Weitere Informationen zum Asylpaket der Bundesregierung finden Sie unter:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/10/2015-10-15-asyl-fluechtlingspolitik.html;jsessionid=200718DD723FB5E-6F53EBCED0853A503.s1t2>

AUS DEM PARLAMENT EINE REGIERUNG IM DAUER-REPARATURMODUS

Zweiter Nachtragshaushalt 2015 kommt zu spät und greift in entscheidenden Punkten zu kurz

Die Flüchtlingskrise hält Niedersachsen weiter in Atem. Neben den brennenden Fragen nach Aufnahme, Registrierung und Unterbringung der Flüchtlinge steht natürlich die Finanzierung im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Belastung von Städten und Kommunen steigt von Tag zu Tag. Der Niedersächsische Landtag hat im Rahmen des Oktober-Plenums deshalb bereits den zweiten Nachtragshaushalt für dieses Jahr auf den Weg gebracht. Insgesamt rund 506 Millionen Euro fließen nun in die Flüchtlingshilfe – darunter 90 Millionen, die der Bund zur Verfügung stellt.

Auch die CDU-Fraktion hat für den Nachtragshaushalt gestimmt – allerdings mit erheblichen Bedenken. „Wir sind uns unserer Verantwortung angesichts des aktuellen Flüchtlingszustroms bewusst. Es ist ohne Frage gut und notwendig, im Haushalt weitere Mittel zur Verfügung zu stellen“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers. Der Nachtrag komme jedoch viel zu spät und auch nur auf Druck von Opposition und Öffentlichkeit. Hilbers: „Kurz vor Jahresende musste die Landesregierung den Nachtragshaushalt noch – mit hektischen Beratungen in den Ausschüssen – durch das Parlament bringen. Entsprechend halbherzig ist das Ergebnis. Die Landesregierung kommt einfach nicht raus aus ihrem Reparaturmodus.“

Bundemittel müssen vollständig an die Kommunen gehen

Aktuell tragen die Kommunen die Hauptlast bei der Unterbringung der Flüchtlinge. Die Kommunalen Spitzenverbände rechnen für 2015 im Jahresdurchschnitt mit insgesamt rund 55.000 Menschen, die sie unterbringen und versorgen müssen. Pro Flüchtling müssen die Kommunen im Jahr 10.000 Euro aufbringen – insgesamt bedeutet das Kosten von 550 Millionen Euro in diesem Jahr. Angesichts der neuen Prognosen könnte dieser Betrag sogar noch weiter steigen. Der rot-grüne Haushalt für 2015 sah für diesen Zweck ursprünglich gerade einmal 118 Millionen Euro vor. Auch die Aufstockung durch den ersten Nachtragshaushalt im Juli war mit 120 Millionen (80 Millionen vom Bund und gerade einmal 40 Millionen vom Land) nur ein Tropfen auf den heißen Stein – die CDU hatte eine Erhöhung des Etats um 127 Millionen gefordert.

Der nun beschlossene zweite Nachtragshaushalt geht laut Hilbers zwar in die richtige Richtung, greift an den entscheidenden Punkten aber zu kurz – wie zum Beispiel im Hinblick auf die Weiterleitung der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 90 Millionen Euro. „Die Kommunalen Spitzenverbände fordern völlig zu Recht, dass diese Gelder vollständig



Reinhold Hilbers, MdB – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

an die Kommunen gehen. Das wäre ein starkes Signal an die Bürgermeister und Landräte“, so der Fraktionsvize. „Stattdessen plant die Regierung, 15 Prozent der Mittel einzubehalten und den Rest lediglich als Vorschuss auf 2016 auszus zahlen.“ Dabei seien die finanziellen Rahmenbedingungen dank Rekordsteuereinnahmen, historisch niedrigem Zinsniveau und einem von der CDU-geführten Vorgängerregierung ererbten Rücklagenpolster von rund einer halben Milliarde Euro günstig wie nie.

„Von alleine passiert bei dieser Landesregierung nichts.“

Dank hartnäckiger Verhandlungen konnte sich die CDU-Fraktion immerhin mit ihrer Forderung nach der dringend notwendigen Entlastung der Polizei durchsetzen – rund vier Millionen Euro stehen jetzt für zusätzliches Personal zur Verfügung. Hilbers: „Die Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat den Menschen in und um seine Erstaufnahmeeinrichtungen Sicherheit garantiert. Deshalb müssen wir die Polizei in die Lage versetzen, diese Aufgaben auch schultern zu können.“

Noch im September hatte das Innenministerium deutlich zu verstehen gegeben, dass es für die Polizei keine zusätzlichen Mittel geben werde. „Auch hier haben sich SPD und Grüne nur auf massiven Druck unsererseits bewegt – von alleine passiert bei dieser Landesregierung nichts“, kritisiert Hilbers. Die von der CDU angemahnten Nachbesserungen bei der Sprachförderungen lehnten die Regierungsfaktionen hingegen in namentlicher Abstimmung ab (mehr zum Thema Sprachförderung lesen Sie auf Seite 6).

KLARTEXT:

WENN VOLKSWAGEN GRIPPE HAT

Von Dirk Toepffer

Die überragende wirtschaftliche Bedeutung von VW für unser Bundesland wird gern mit folgendem Bonmot zusammengefasst: „Wenn Volkswagen hustet, hat Niedersachsen Grippe.“ Die Marke Volkswagen steht für Niedersachsen wie Harz und Heide. Umgekehrt ist Niedersachsen Bestandteil des Volkswagen-Kosmos: 120.000 Arbeitsplätze verteilen sich auf die VW-Standorte Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Hannover, Osnabrück und Emden. Hinzu kommen Tausende Beschäftigte in der Zuliefererbranche. Von der Wertschöpfung dieses Welt-Unternehmens profitieren unter anderem die Haushalte mehrerer Städte, wissenschaftliche Einrichtungen, Kulturprojekte und ein Fußball-Bundesligist. Bislang.

Denn seit der so genannten Abgasaffäre ist alles anders: Volkswagen hat nicht nur gehustet, Volkswagen hat eine handfeste Grippe, mindestens. Und Niedersachsen als einer der größten Anteilseigner tut sich schwer damit, den Heilungsprozess seines wichtigsten Konzerns zu unterstützen. Ministerpräsident Weil trägt als Aufsichtsratsmitglied in der Sache weder etwas Neues bei, noch kann er der Öffentlichkeit erklären, wie die Aufarbeitung aussehen soll. Zumindest richtet er durch seine betonte Passivität bislang keinen weiteren Schaden an.

Anders sein grüner Koalitionspartner: Während die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Affäre noch nicht absehbar sind, hat die Grünen-Landtagsfraktion vorsorglich den Umbau des VW-Konzerns gefordert, „einen Strategiewechsel in Richtung mehr Umweltschutz“. Als ob das nicht längst der Strategie VWs entspräche. Entgegen der Realität erwecken Niedersachsens Grüne den Eindruck, in Wolfsburg liefen Dreckschleudern vom Band, die, so der stellvertretende Ministerpräsident und Umweltminister Wenzel, am besten aus den Umweltzonen unserer Städte verbannt werden müssten.

Auch Justizministerin Niewisch-Lennartz macht eine schlechte Figur: Nachdem die Staatsanwaltschaft Braunschweig per Pressemitteilung über ein Ermittlungsverfahren gegen Ex-VW-Chef Winterkorn informiert hatte, musste sie wenig später zurückrudern: Es handele sich lediglich um ein sogenanntes Vorermittlungsverfahren. Die Tatsache, dass die Pressestelle einer niedersächsischen Staatsanwaltschaft in einer derart hochsensiblen Angelegenheit ungenau formuliert, ist für sich genommen schon bedenklich. Die



Dirk Toepffer, MdB – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Justizministerin gab später an, von der brisanten Presseinformation im Internet gelesen zu haben – deutlicher lässt sich Überforderung nicht dokumentieren.

Bedenklich ist auch, dass der Korrektur der Pressemitteilung unbestritten Gespräche zwischen einem Abteilungsleiter des Justizministeriums mit der Staatsanwaltschaft Braunschweig vorausgegangen sind. Wer so agiert, leistet Verschwörungstheorien Vorschub und schadet dem Ansehen der Politik und des VW-Konzerns.

Dabei können die Botschaften doch nur lauten: Wir stehen zu VW. VW baut hervorragende Fahrzeuge. VW hat motivierte und hoch qualifizierte Mitarbeiter, die den Aufstieg des Wolfsburger Konzerns zu Europas größtem Auto-Hersteller überhaupt möglich machten. Die Affäre muss lückenlos aufgeklärt werden, damit verloren gegangenes Vertrauen bei Verbrauchern und Mitarbeitern zurückgewonnen wird. Dazu gehört auch Frage nach der Rolle des Aufsichtsrats. Trifft es zu, dass VW-USA-Chef Horn bereits seit 2014 von den Ermittlungen der US-Behörden gewusst hat, ist davon auszugehen, dass dieses Wissen auch die Konzernspitze in Wolfsburg und vielleicht auch Mitglieder des Aufsichtsrates erreicht hat. Wer dann wie gehandelt oder nicht gehandelt hat, muss aufgeklärt werden.

AKTUELL

ROT-GRÜN MACHT SPRACHLOS

Regierung Weil scheitert bei Sprachförderung an Niedersachsens Schulen

Jeder kennt das Gefühl: Man sitzt im Schulunterricht und versteht einfach nur Bahnhof. Ob nun Mathematik, Biologie, Erdkunde oder Deutsch – die meisten Schüler haben mindestens ein Fach, in dem es mit dem Verständnis manchmal etwas hakt. Wie muss das erst sein, wenn man noch nicht einmal die Sprache versteht, in der der Stoff erklärt wird? Oder die Buchstaben plötzlich ganz anders aussehen, als in der eigenen Muttersprache? Oder man vielleicht überhaupt nicht lesen und schreiben kann?

So ergeht es im Moment tausenden Flüchtlingskindern, die in den letzten Wochen und Monaten nach Niedersachsen gekommen sind und künftig hier zur Schule gehen sollen. Sie müssen jetzt in den Schulalltag integriert werden – eine Herausforderung, auf die die Schulen dank der rot-grünen Landesregierung denkbar schlecht vorbereitet sind. „Rot-Grün hat die Zahl der Flüchtlingskinder völlig unterschätzt“, kritisiert der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Jörg Hillmer. „Die aktuell für die Sprachförderung zur Verfügung stehenden Mittel reichen hinten und vorne nicht.“

9.000 Kinder sind selbst in ihrer Muttersprache Analphabeten

Anfang September hatte Ministerpräsident Weil noch von 6.200 schulpflichtigen Flüchtlingskindern in Niedersachsen gesprochen. Tatsächlich besuchen im Moment rund 33.000 Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen eine Schule in Niedersachsen, wie Kultusministerin Heiligenstadt wenig später im Kultusausschuss einräumen lassen musste. Darunter 9.000 Kinder, die selbst in ihrer Muttersprache Analphabeten sind. Diesen Zahlen setzt der im Oktober-Plenum verabschiedete zweite Nachtragshaushalt der Landesregierung gerade einmal 250 zusätzliche Sprachlernklassen und 100 Stellen für Schulsozialarbeiter entgegen. Hillmer: „Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen werden die von der Regierung Weil geplanten 550 Sprachlernklassen den Bedarf an 3.000 Schulen in Niedersachsen nicht decken.“

CDU fordert 1.000 zusätzliche Lehrstellen für Sprachlernklassen

Wie prekär die Lage an den Schulen ist, zeigen die Äußerungen des Schulleiters der IGS Vahrenheide-Sahlkamp in der Hannoverschen Allgemeinen. Allein an dieser Schule sitzen 35 Schüler ohne Deutschkenntnisse im Unterricht, weil entsprechende Sprachlernklassen fehlen. Unterstützung bekommen die Schulen keine, wie der Direktor beklagt: „Keiner hat eine Lösung, und das Lehrerkollegium muss es ausbaden.“

Die CDU-Fraktion fordert deshalb, zum 1. November noch einmal 1.000 zusätzliche Lehrstellen für weitere Sprachlernklassen an den niedersächsischen Schulen zur Verfügung zu stellen – Kostenpunkt rund neun Millionen Euro. „Es hilft nichts, wenn die Landesregierung jetzt zu wenig Mittel bereitstellt und das Problem hinauszögert“, so Hillmer. „Im vergangenen Dezem-



Jörg Hillmer, MdL – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion



Sprachlernklassen stellen intensivste Form der Sprachförderung dar – in der Regel werden hier zwischen 10 und 16 Schüler sprachlich auf die Teilnahme am regulären Unterricht vorbereitet.

Foto: dpa

ber hat Rot-Grün unsere Forderungen nach mehr Mitteln für die Sprachförderung abgelehnt – die Quittung dafür hat die Regierung jetzt bekommen.“

Spracherwerb ist Voraussetzung für Integration

Angesichts der aktuellen Entwicklungen seien Sprachlernklassen an allen Schulen ein Muss, fordert der CDU-Fraktionsvize. „Alle Welt redet von Integration. Die Voraussetzung dafür ist der Spracherwerb. Kinder, die nicht einmal in ihrer Muttersprache alphabetisiert sind, jetzt einfach hinten in die Klassen zu setzen, halte ich für falsch. Sprachkompetenz kann man nicht einfach so im Vorbeigehen erwerben – sie muss intensiv vermittelt werden.“

AUS DEM PARLAMENT

FLÜCHTLINGE UND GERINGVERDIENER: WOHNRAUM DRINGEND GESUCHT

Landesregierung investiert zu wenig in den sozialen Wohnungsbau – Lage vor allem in den städtischen Gebieten angespannt

Die Zeit wird knapp: Unter den vielen Problemen der Flüchtlingskrise ist das der Unterbringung eines der drängendsten. Der Winter naht, nachts werden bereits Minusgrade gemessen und trotzdem werden in Niedersachsen noch immer viele Flüchtlinge und Asylbewerber in ungeheizten Zelten untergebracht. Wie sehr die rot-grüne Landesregierung mit dem Unterbringungsproblem überfordert ist, hat sich nicht erst mit der unüberlegten und eilig korrigierten Einquartierung von Flüchtlingen in der Landesfeuerwehrschule an den Standorten Celle und Loy gezeigt. Zwischenzeitlich hat die Landesregierung sogar über die Beschlagnahme privater und gewerblicher Immobilien nachgedacht. Seit Kurzem werden Niedersachsens Kommunen im Zuge der Amtshilfe Flüchtlinge zwangszugewiesen. Eine geordnete Unterbringung ist dem Land also nicht mehr möglich, Turnhallen und Dorfgemeinschaftshäuser werden belegt.

Verzicht auf notwendige Abschiebungen verschärft Problematik

„Rot-Grün hat viel zu spät damit begonnen, Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge einzurichten“, kritisiert der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Max Matthiesen. Zusätzlich verschärft würde das Unterbringungsproblem durch die fehlende Bereitschaft von SPD und Grünen, abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschicken. „Würde Ministerpräsident Weil damit aufhören, aus Rücksicht auf seinen grünen Koalitionspartner auf die notwendigen Abschiebungen zu verzichten, gäbe es auch mehr Unterbringungskapazitäten“, sagt Matthiesen mit Blick auf die etwa 19.000 abgelehnten, ausreisepflichtigen Asylbewerber, die gegenwärtig in Niedersachsen leben.

Aus Sicht des CDU-Sozialexperten gibt es aber noch ein weiteres Problem, durch das die Unterbringungsnot in Niedersachsen an Brisanz gewinnt. „Rot-Grün fördert den sozialen Wohnungsbau nicht ausreichend. Die mangelnde Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum hat sich durch die Flüchtlingskrise verschärft. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen müssen mit Flüchtlingen um staatlich geförderte Wohnungen konkurrieren. Bei Rot-Grün ist kein Konzept erkennbar, wie dieses Problem gelöst werden soll.“

CDU fordert neue Förderzweige für günstigen Wohnraum

Deutlich wird dieses Missverhältnis besonders in den städtischen Gebieten. Selbst wenn nur die Hälfte der Flüchtlinge in Gebieten mit angespannter Wohnungslage bliebe, müssten in Niedersachsen rund 15.000 Wohnungen mit bezahlbaren Mieten neugebaut werden, rechnet Matthiesen vor. „Mit dem von der NBank finanzierten Kreditprogramm will Rot-Grün insgesamt nur bis zu 5000 Wohnungen fördern. Im schon ausgeschöpften Wohnraumförderprogramm des Landes 2014/15



Dr. Max Matthiesen, MdL – sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

konnten vorher nur einige hundert Mietwohnungen in städtischen Gebieten für kleinere und mittlere Einkommen gefördert werden – viel zu wenig, um den Bedarf zu decken.“ Die CDU fordert daher zwei neue Förderzweige für Bau und Finanzierung von günstigem Wohnraum. „Wenn die Baustandards gesenkt werden, lassen sich bis zu 30 Prozent der Kosten sparen. Dadurch verringert sich auch der Bedarf an Fördermitteln und Krediten.“ Über einen Tilgungszuschuss könnten diese Wohnungen nach Ablauf von zehn Jahren auf einen höheren Standard aufgewertet werden.

Mit einem weiteren Förderzweig könnten Zuschüsse für den Bau von Sozialwohnungen gewährt werden. „Voraussetzung wäre, dass sich die Bauherren dazu verpflichten, diese Wohnungen an Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zu vermieten.“ Nach einem ähnlichen Modell seien bereits 1989 etwa 30.000 neue Sozialwohnungen entstanden. Matthiesen: „Die Regierung Weil muss endlich reagieren und die Lücke bei bezahlbaren Mietwohnungen so schnell wie möglich schließen, wenn der soziale Frieden nicht gefährdet werden soll.“



Die Temperaturen sinken, der Winter nähert sich mit großen Schritten – trotzdem sind in Niedersachsen noch immer viele Flüchtlinge in unbeheizten Zelten untergebracht.

AKTUELL

WOHIN MIT DEM MÜLL?

Niedersachsens Boden- und Bauschuttdeponien sind voll: Schon Anfang 2016 droht ein Engpass – CDU fordert Landesregierung auf, mehr Kapazitäten zu schaffen

In vielen Teilen Deutschlands wird derzeit über die Verknappung von Deponiekapazitäten diskutiert. Auch in Niedersachsen droht bereits Anfang 2016 ein Entsorgungseingpass. Hintergrund ist die Umsetzung einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2009, in deren Folge alle Deponien geschlossen werden mussten, die nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprachen. Betroffen waren Standorte der Klasse 1 für die Entsorgung sogenannter „mäßig belasteter Massenabfälle“, wie beispielsweise Boden- und Bauschutt. Von ehemals 69 Deponien in Niedersachsen sind gerade einmal neun übrig geblieben. Dort wird der Platz jetzt knapp – das Restvolumen reicht rein rechnerisch nur noch bis Anfang 2016.

Vor allem im Norden wird der Platz knapp

Besonderer Bedarf für Deponiekapazitäten der Klasse I besteht laut Angaben des Umweltministeriums im Norden und Westen Niedersachsens. Bereits Anfang 2014 warnte Umweltstaatssekretärin Kottwitz Landräte und Oberbürgermeister im Norden, Nordwesten und Nordosten vor einer Knappheit des entsprechenden Deponieraums. Passiert ist seitdem aber nichts. „Rot-Grün schiebt das Problem auf die lange Bank“, kritisiert Martin Bäumer, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Wir brauchen dringend weitere Kapazitäten – die Landesregierung muss die Kommunen bei der Ausweisung von neuen und bei der Erweiterung bestehender Deponien unterstützen.“

Zunächst hatte die Regierung Weil angekündigt, sich um das Thema kümmern zu wollen und die Notwendigkeit zusätzlicher Deponiekapazitäten in das neue Landesraumordnungsprogramm aufzunehmen. Bäumer: „Davon ist inzwischen keine Rede mehr. Rot-Grün versucht die Verantwortung für dieses wichtige Thema auf die Kommunen abzuwälzen.“ In ihrem Entschließungsantrag „Landesregierung muss für Deponiekapazitäten sorgen – Nichtstun ist keine Lösung“ fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung deshalb jetzt auf, zu ihrem ursprünglichen Plan zurückzukehren und die Schaffung von Deponiekapazitäten als Ziel im Landesraumordnungsprogramm zu berücksichtigen.

Wo gebaut wird, muss auch Schutt entsorgt werden

Vor allem die Wirtschaft sei auf eine funktionierende Abfallwirtschaft mit bezahlbaren und ausreichenden Deponiekapazitäten angewiesen, betont Bäumer. So befürchtet der niedersächsische Industrie- und Handelskammertag (NIHK), die Entsorgung von Bauschutt könnte deutlich teurer werden. Das könnte sich langfristig negativ auf die Bautätigkeit im Land auswirken. Schließlich, so der NIHK in einer Pressemitteilung, bringe jedes Bauvorhaben – ob Gebäude, Straße oder Brücke – Schutt mit sich, der entsprechend entsorgt werden müsse. „Steigende Preise bei der Entsorgung würden unweigerlich zu höheren Kosten bei wichtigen Infrastrukturprojekten führen – das kann nicht im Sinne der Landesregierung sein“, betont Bäumer.



Wo gebaut wird, fällt Schutt an – der Platz für die Entsorgung wird auf Niedersachsens Deponien der Klasse 1 aber langsam knapp.

Foto: dpa



Martin Bäumer, MdL – umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

TERMINE

5. November

„Hochschulentwicklung für die Zukunft – Erfahrungen und Perspektiven der Exzellenzinitiative“ – Veranstaltung der CDU-Landtagsfraktion mit anschließender Podiumsdiskussion

10. – 14. November
Messe Agritechnica

11. – 13. November
Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>